

## LTW 4 LTW-Programm - WELTOFFEN

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	24.10.2016
Tagesordnungspunkt:	1. Landtagswahlprogramm
Thema:	Landtagswahlprogramm
Status:	Modifiziert

### 1 3. WELTOFFEN

2 Unser Land ist ein freiheitliches Land, es verändert sich fortwährend. Wir haben  
3 das Privileg, in einer offenen Gesellschaft zu leben. Sie gibt uns die Freiheit, in  
4 Verantwortung mit anderen, unser Gemeinwesen zu gestalten. Freie Entfaltung der  
5 Persönlichkeit, unterschiedliche Lebensformen und Lebensstile, weltoffen in  
6 Vielfalt – das ist unser Programm.

7 Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische  
8 Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten  
9 Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten  
10 wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren  
11 sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

12 Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen  
13 Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt.  
14 Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der  
15 Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger\*innen  
16 sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen  
17 lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das  
18 ist anstrengend und herausfordernd.

19 Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und  
20 Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn  
21 soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für  
22 antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und  
23 Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders  
24 Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende aus anderen Ländern. Die  
25 zunehmende Brutalisierung der politischen Auseinandersetzung, zur Zeit noch  
26 außerhalb der Parlamente, und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in unserem  
27 Land bestürzen uns. Wir werden dem entschieden entgegenzutreten.

28 Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und  
29 Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und  
30 Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft  
31 ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder  
32 verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von  
33 Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-  
34 Holsteiner\*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

35 Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU  
36 soll demokratischer und sozial werden

37 Wir Schleswig-Holsteiner\*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa  
38 liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von

39 einem starken Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE  
40 stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

41 Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und  
42 hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Gerade wird  
43 Europa an seinen Rändern von militärischen Konflikten in Spannung gebracht, alte  
44 und neue Blockbildungen lassen das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische  
45 Präsenzen haben sich verstärkt, wirtschaftliche und politische Sanktionen sind  
46 wieder zum Mittel der Politik geworden. Dagegen setzen wir die Notwendigkeit  
47 verbaler Abrüstung zwischen Konfliktstaaten, Verhandlungsfähigkeit,  
48 Dialogbereitschaft und die Stärkung der Zivilgesellschaft.

49 Die EU ist – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der Briten – auch in ihrem  
50 Bestand und ihrer Entwicklung unter Druck geraten. Die Fliehkräfte kommen nicht von  
51 ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen  
52 Politiker\*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht,  
53 was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit  
54 über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für  
55 uns ist die Europäische Union entschieden mehr als ein reines Wirtschaftsprojekt,  
56 das vor allem die Interessen von international agierenden Banken und Großkonzernen  
57 bedient, die ökonomische Barrierefreiheit und offene Märkte suchen. Die Europäische  
58 Union ist für uns immer auch ein kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den  
59 Menschen Frieden, Freizügigkeit und Wohllieben bringen soll. Europa als Sinnbild  
60 einer offenen, humanitär und tolerant gesinnten Gemeinschaft über innere wie äußere  
61 Grenzen hinweg: Wir GRÜNE arbeiten engagiert an diesem zukunftsorientierten Projekt  
62 mit. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische Union transparenter,  
63 demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir eine europäische  
64 Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur des Dialogs und  
65 der Verbindlichkeit.

66 Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum

67 Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche  
68 Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden.  
69 Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische  
70 Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge  
71 begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und  
72 in osteopolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser  
73 neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten  
74 Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum  
75 Ostsee.

76 Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken

77 Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu  
78 gestalten? Es geht darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte zu geben gegenüber  
79 der Kommission und dem Ministerrat. Wir werden aus unserem Land Schleswig-Holstein  
80 heraus die Möglichkeiten zu frühzeitiger Beteiligung an der europäischen  
81 Gesetzgebung nutzen. Auch die Einflussmöglichkeiten der europäischen  
82 Zivilgesellschaft wollen wir ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische  
83 Öffentlichkeit entstehen kann. Das und mehr setzen wir den EU-Skeptiker\*innen und  
84 Renationalisierungsbestrebungen entgegen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und  
85 Teller, Faire internationale Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas  
86 Bürger\*innen zeigen seit vielen Jahren, dass sie es verstehen, auch in Europa

87 erfolgreich mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und Initiativen  
88 unterstützen.

89 Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen

90 Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen  
91 grenzüberschreitenden Kulturraum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine  
92 bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere  
93 Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren  
94 Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem  
95 die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität  
96 geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin  
97 unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche  
98 und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein  
99 Europa erleben lassen.

100 Mit Dänemark zusammenarbeiten

101 Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir  
102 haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen  
103 eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Sowohl durch die Asylpolitik, als auch durch  
104 die Wiedereinführung von Grenzkontrollen hat unser ansonsten gutes Verhältnis  
105 jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark mit allen pro-europäischen  
106 Kräften vernetzen und uns mit ihnen für eine offene Gesellschaft engagieren. Wir  
107 lehnen Grenzkontrollen zu Dänemark ab und wollen den grenzüberschreitenden  
108 Arbeitsmarkt, den ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft  
109 und Gesundheitswesen weiter voranbringen.

110 Europas Regionen stärken Europa

111 Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf  
112 zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im  
113 Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen  
114 Parlament und den europäischen Institutionen. Wir nehmen die Herausforderung mit  
115 einer zielstrebigem Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane  
116 Flüchtlingspolitik sowie Wirtschafts- und Währungspolitik sind durch nationale  
117 Abschottung nicht zu lösen. Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende  
118 Kooperationen. Wir werden uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen  
119 Europas austauschen und vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

120 Die Kommunen fit für Europa machen

121 Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die  
122 Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig,  
123 dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch  
124 weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz  
125 europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima,  
126 soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

127 Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen

128 Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten  
129 gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben.  
130 Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-  
131 Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und

132 den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere  
133 Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame  
134 Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die  
135 Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel  
136 zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen  
137 kommen.

138 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder  
139 als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft  
140 bekommen können.

141 Wir werden uns bei der EU dafür verwenden, dass die Minderheitenbelange bei den  
142 Grundrechten oder dem Geoblocking (regionale Blockierung von Internetangeboten)  
143 stärker berücksichtigt werden.

144 Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt

145 Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere  
146 Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch  
147 Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben  
148 daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem  
149 Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der  
150 Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch  
151 angenommen. In den kommenden Jahren wollen wir dafür sorgen, dass Minderheiten auch  
152 bei Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen  
153 in der Öffentlichkeit sichtbarer werden.

154 Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"

155 Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser  
156 Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der  
157 Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die  
158 Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen  
159 Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr  
160 wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge  
161 oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik  
162 wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder  
163 Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für  
164 alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das  
165 abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable  
166 Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern.

167 Wir wollen die erfolgreichen Projekte und Institutionen – wie das "Bündnis Eine  
168 Welt", das Landesnetzwerk der Entwicklungszusammenarbeit, die vielen  
169 Städtepartnerschaften, Schulpartnerschaften, Verbände- und  
170 Wirtschaftspartnerschaften – weiter unterstützen. Um in der Partnerschaftsarbeit  
171 noch breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen  
172 Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

173 Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA und TTIP

174 Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler  
175 Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein  
176 Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst  
177 multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler

178 Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen  
 179 Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und  
 180 demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen  
 181 unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes  
 182 und der Parlamente der Mitgliedsländer.

183 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar  
 184 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt  
 185 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in  
 186 kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen  
 187 – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden  
 188 wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Der  
 189 Investor\*innenschutz schadet unserer mittelständischen Wirtschaft, die sehr  
 190 kostspieligen Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner  
 191 Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-  
 192 Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen  
 193 die Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung  
 194 auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine  
 195 Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen  
 196 können.

197 Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften mit anderen Regionen weltweit ist  
 198 für Unternehmen und Bürgerinnen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE streben in  
 199 Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den USA und  
 200 Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer  
 201 Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen.

202 Auf den Punkt

- 203 • Wir werden Europa demokratischer und sozial gestalten,
- 204 • Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- 205 • Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- 206 • mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- 207 • Nein zu Grenzkontrollen sagen,
- 208 • Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- 209 • Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- 210 • Nein sagen zu TTIP und CETA sagen, aber Kooperationsabkommen mit hohen  
 211 Verbraucher\*innen und Arbeitnehmer\*innenstandards unterstützen.

212 Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte  
 213 verteidigen

214 Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die  
 215 unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als  
 216 800.000 Menschen sind vor Krieg, Mord und aus wirtschaftlicher Not geflohen.  
 217 Deutschland hat sie aufgenommen. Allein wir in Schleswig-Holstein haben 35.000

218 Menschen Zuflucht gegeben. Es war die Zivilgesellschaft, Menschen in Dörfern und  
 219 Städten, die erste große Integrationsleistungen vollbrachten. Landespolitik und  
 220 Kommunen haben dann die Erstversorgung sichergestellt. Jetzt gilt es, die  
 221 Integration zu intensivieren.

222 Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen  
 223 eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die  
 224 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine  
 225 falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik,  
 226 die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

227 Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische  
 228 Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Sie muss kontrolliert werden und zwar von  
 229 uns Europäer\*innen und nicht von der Türkei. Die Registrierung von Flüchtlingen  
 230 soll nicht erst nach der oft tödlichen und durch Schlepper\*innen organisierten  
 231 Flucht übers Meer stattfinden, sondern in den Aufnahmeeinrichtungen an den  
 232 europäischen Außengrenzen direkt. Und zwar durch das UN-Flüchtlingshilfswerk, das  
 233 humanitäre Visa ausstellt, die die legale und gesteuerte Einreise nach Europa  
 234 regeln.

235 Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.  
 236 Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die  
 237 flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark  
 238 zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung als auch  
 239 eine Herausforderung, das Miteinander zum Nutzen aller zu gestalten.

240 Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende

241 Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher  
 242 Standards. Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten Dolmetscher\*innen und  
 243 anwaltlicher Beistand müssen gewährleistet werden. Dabei darf es keine Rolle  
 244 spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept der sicheren  
 245 Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab.

246 Die guten Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten werden. Individuelle  
 247 Bedürfnisse von Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und Kindern, finden dabei  
 248 Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass  
 249 niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Viele Kommunen in  
 250 unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge aufzunehmen.

251 Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler  
 252 Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der  
 253 rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und  
 254 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

255 Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung  
 256 besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften  
 257 Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

258 Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über  
 259 Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant\*innen im  
 260 Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre  
 261 Aufnahme richtet sich nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen  
 262 Bedürfnissen.

263 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren  
 264 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft und nächtliche  
 265 Abschiebungen als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und  
 266 unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in  
 267 Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

268 Integration nachhaltig organisieren

269 Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.  
 270 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses  
 271 Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein  
 272 lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein  
 273 breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und  
 274 Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem  
 275 Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen.  
 276 Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in  
 277 Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert\*innen werden wir fördern.  
 278 Alles, was der Selbstertüchtigung der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

279 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner  
 280 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine  
 281 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen  
 282 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und  
 283 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich  
 284 am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der  
 285 Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern.

286 Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die  
 287 wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir erwarten, dass die Kommunen  
 288 diese Pauschale tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden. Wir wollen, dass  
 289 die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die  
 290 Wohnsitzauflage sehen wir kritisch.

291 Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):  
 292 Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem  
 293 Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des  
 294 Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes  
 295 sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

296 Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und  
 297 Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche  
 298 Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass  
 299 auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

300 Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant\*innen stärken

301 Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die  
 302 Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welche großartige Hilfsbereitschaft in uns  
 303 steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der  
 304 Migrant\*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen  
 305 politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter  
 306 ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen  
 307 weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge  
 308 muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

309 Dialog mit den Religionen

310 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen  
 311 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter  
 312 Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim\*innen und Alevit\*innen ernst  
 313 genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt. Deshalb  
 314 fordern wir die Einführung eines muslimischen Religionsunterrichtes, wo es möglich  
 315 und nötig ist, der von staatlichen Lehrkräften erteilt wird. Langfristig soll es  
 316 zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im Land kommen, ähnlich  
 317 der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und Jüdischen Gemeinden  
 318 bestehen.

319 Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegentreten

320 Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere  
 321 freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus  
 322 zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes im Bereich Salafismus  
 323 fortführen und noch wirksamer ausrichten. Verstöße gegen unsere Gesetze müssen von  
 324 den Behörden konsequent verfolgt werden.

325 Auf den Punkt

- 326 • Wir werden Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- 327 • Ehrenamt und Selbstorganisation von Migrant\*innen stärken,
- 328 • für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- 329 • Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

330 Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine  
 331 bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken  
 332 Rechtsstaat

333 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe  
 334 und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und  
 335 sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf  
 336 Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele  
 337 Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer  
 338 Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht,  
 339 aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen  
 340 Bedrohungen, als auch die individuellen Sorgen sehr ernst, wenden uns aber  
 341 entschieden gegen populistische Stimmungsmache oder gar Hetze. Wir reklamieren in  
 342 der Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen –  
 343 die Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit  
 344 vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

345 Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei

346 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut  
 347 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen  
 348 unsere Landespolizei als Bürger\*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der  
 349 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen  
 350 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr

351 Polizeianwärter\*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf  
352 deutscher und europäischer Ebene mit einer Polizei, die voll handlungsfähig ist,  
353 sich den Herausforderungen der digitalen Gesellschaft zu stellen. Wir wollen mehr  
354 Menschen mit Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den  
355 vergangenen Jahren haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine  
356 Militarisierung der Innenpolitik, zum Beispiel durch die Diskussion um  
357 Bundeswehreinätze im Innern, lehnen wir ab. Stattdessen setzen wir weiterhin auf  
358 zielgerichtete Polizeiarbeit.

359 Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter

360 Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll  
361 handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall  
362 durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung von „Hate  
363 Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist ein sinnfälliges  
364 Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die  
365 Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind.  
366 Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders  
367 schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung  
368 erhöht die Sicherheit nicht und stellt eine zusätzliche Gefahr für ein  
369 unbehelligtes Alltagsleben der Bürger\*innen dar. Maßnahmen wie Quellen-  
370 Telekommunikationsüberwachung und die Online-Durchsuchung lehnen wir solange als  
371 unverhältnismäßige Eingriffe in die informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre  
372 Verfassungskonformität nachgewiesen ist.

373 Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern

374 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und  
375 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in  
376 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum  
377 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle  
378 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene  
379 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die  
380 kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören  
381 Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnisse, um Zusammenhänge  
382 zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung, Integration und  
383 Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

384 Unsere Grundrechte stärken

385 Statt fortwährender Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau  
386 unserer Bürger\*innenrechte. Wir wollen das Justizministerium zu einem  
387 Grundrechtministerium erweitern. Alle neuen Gesetze werden wir einem Grundrechte-  
388 TÜV unterziehen.

389 Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und  
390 Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze  
391 wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

392 Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab.  
393 Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive  
394 Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung  
395 der Videoüberwachung.

396 Alternativen Verfassungsschutz

## 397 Alternative 1

398 Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern

399 Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf  
400 Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der  
401 Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt  
402 wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von  
403 gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der  
404 Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise  
405 den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen  
406 weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen  
407 Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der  
408 Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle  
409 Informationen zugänglich zu machen.

## 410 Alternative 2

411 Den Verfassungsschutz umwandeln

412 Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU  
413 Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen  
414 Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die  
415 Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer  
416 Gesellschaft sein. Wie viele Expert\*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein  
417 wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament,  
418 Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und  
419 Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem  
420 polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der  
421 Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

422 Unabhängige und funktionsfähige Justiz

423 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen  
424 Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe  
425 Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr  
426 Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz  
427 stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter\*innen zu  
428 reformieren, moderne Feedbackformate für Richter\*innen einzuführen und Supervision  
429 sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Damit das  
430 Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die  
431 Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

432 Resozialisierung statt Repression

433 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden  
434 eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen,  
435 Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber  
436 hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die  
437 Resozialisierung zu stärken.

438 Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren

439 Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.  
440 Besitzer\*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt,  
441 während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal

442 erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik  
 443 wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis  
 444 straffrei stellen.

445 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.  
 446 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir  
 447 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

448 Bürger\*innenbeteiligung verbindlich machen

449 Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die  
 450 Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur  
 451 Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für  
 452 Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für  
 453 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden.  
 454 Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre  
 455 gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

456 Bürger\*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die  
 457 Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder  
 458 Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor  
 459 Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

460 Gesetze verständlich machen

461 Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen.  
 462 Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im  
 463 Internet abrufbar sein.

464 Für eine bürgernahe und interkulturelle Verwaltung

465 Wir wollen Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen Datenschutz und  
 466 interkulturelles Auftreten als Leitbild für unsere Verwaltung etablieren.

467 Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter\*innen mit Migrationshintergrund in der  
 468 öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die  
 469 gegenseitiges Kennenlernen fördern.

470 Datenschutz stärken – sichere Kommunikation ermöglichen

471 Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger\*innen mit den  
 472 Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit  
 473 Behörden zum Standard machen.

474 Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger  
 475 Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig höhere Daten- und  
 476 Verbraucherschutzstandards bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen  
 477 stellen. Das Unabhängige Landesdatenschutzzentrum (ULD) wollen wir stärken, um auch  
 478 kommenden Herausforderungen im Daten- und Verbraucherschutz gerecht zu werden.

479 Es gilt auszuloten, wie eine Balance aus dem Schutz personenbezogener Daten und  
 480 datengeleitetem Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann. Zu diesem  
 481 Zweck könnte man zum Beispiel anonymisierte Meldedaten nutzen, um den Bedarf an  
 482 Lehrer\*innenstellen in einer Kommune präzise zu ermitteln.

483 Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber\*innen (so genannte  
 484 Whistleblower\*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

#### 485 Kommunen zukunftsfähig aufstellen

486 Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders  
487 kleinteilige Struktur. Wir wissen, dass in kleinen Gemeinden viele Aufgaben  
488 hervorragend erfüllt werden. Daran wollen wir soweit möglich festhalten. In  
489 Schleswig-Holstein haben aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer  
490 komplexeren Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig  
491 Aufgaben auf das Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu  
492 lassen. Die Amtsausschüsse sind nicht direkt gewählt, ihnen fehlt die demokratische  
493 Legitimation. Gleichzeitig zeigen die zahlreichen Verwaltungsgemeinschaften und  
494 auch Fusionen in Schleswig-Holstein, dass die kommunale Landschaft in Bewegung ist:  
495 Viele Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen  
496 ihre Aufgaben erfüllen zu können.

497 Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in  
498 Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich  
499 dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

500 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin  
501 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister\*innen gewählt werden können. In den  
502 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche  
503 Amtsbürgermeister\*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

#### 504 Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen

505 Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran  
506 mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch  
507 wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von  
508 Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation  
509 auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So  
510 werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame  
511 Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung  
512 gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit  
513 großen Schritten voran.

#### 514 Demokratie@Digital

515 Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer  
516 Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie)  
517 digitalisieren und den Bedarf von Bürger\*innen-Servicezentren für die Verwaltung  
518 prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger\*innen  
519 von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie  
520 Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene  
521 Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft.  
522 Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von  
523 Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des novellierten  
524 Informationszugangsgesetzes umsetzen.

525 Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen,  
526 offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

527 Auf den Punkt

- 528 • Wir werden auf ganzheitliche Kriminalprävention drängen zum Ersatz von
- 529 Massenüberwachung, scharfer Sicherheitsgesetze und Repression,
- 530 • unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken,
- 531 • einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und ein Grundrechtministerium auf die
- 532 Tagesordnung setzen,
- 533 • den Verfassungsschutz reformieren (Abstimmung!)
- 534 • Resozialisierung im Strafvollzug stärken,
- 535 • Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- 536 • Bürger\*innenbeteiligung ausbauen,
- 537 • kommunale Strukturen reformieren,
- 538 • Whistleblower\*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,
- 539 • länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

540 Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist  
541 unantastbar, das ist uns Verpflichtung

542 Es ist geboten, dass wir uns noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer  
543 Gesellschaft auseinandersetzen. Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken,  
544 antirassistische Bildungsarbeit zu fördern und ausreichend Beratungszentren für  
545 Opfer rassistischer und rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten.

546 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken

547 Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive  
548 Antirassismusarbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll  
549 verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden.  
550 Geschichtsunterricht soll unsere Schüler\*innen auch über die deutsche  
551 Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte  
552 aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen  
553 und unterstützen sie.

554 Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für  
555 Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres  
556 regionales Beratungszentrum in Neumünster.

557 Wir sind die Queer-Lobby

558 Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen  
559 belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen  
560 Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes  
561 Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich  
562 totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und  
563 Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden  
564 begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen

565 Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein  
 566 diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

567 Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle  
 568 Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen  
 569 (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig  
 570 gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden  
 571 unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen"  
 572 verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

573 Junge Menschen beim Coming Out unterstützen

574 Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne  
 575 Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt" und "Na  
 576 sowas" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden, Schulaufklärungsprojekte im  
 577 ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und Fortbildung für den Umgang mit  
 578 sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

579 Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst

580 Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der  
 581 Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum  
 582 entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das  
 583 Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg  
 584 entwickeln.

585 Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen

586 In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch  
 587 verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre  
 588 Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des  
 589 Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen.

590 Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür

591 In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von  
 592 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen  
 593 darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie  
 594 Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und  
 595 Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

596 Auf den Punkt

- 597 • Wir werden die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die  
598 Antidiskriminierungsstelle stärken,
- 599 • ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und  
600 die bestehenden ausbauen,
- 601 • den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und  
602 Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- 603 • sexuelle Aufklärungsprojekte in den Schulen voranbringen,
- 604 • sexuelle Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung verankern,
- 605 • ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- 606 • LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

607 Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams  
608 zueinander bringen und Kreativität fördern

609 Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE  
610 Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester,  
611 große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgerter  
612 Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über  
613 Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept  
614 „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

615 Kulturelle Integrationsprojekte unterstützen

616 Wir fördern den interkulturellen Dialog mit Migrant\*innen und beabsichtigen, sie  
617 stärker in der Kulturförderung zu berücksichtigen. Migrant\*innen sollen auch in  
618 Beiräte und Jurys gewählt werden.

619 Freiräume schaffen

620 Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns  
621 deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker\*innen ein, für freies Theater  
622 und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge  
623 Filmemacher\*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt  
624 bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur  
625 Kommunikation.

626 Denkmalschutz weiterentwickeln

627 Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte  
628 Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der  
629 Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der  
630 Eigentümer\*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der  
631 Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder  
632 Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz  
633 unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft  
634 und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu

635 erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein  
636 Spiegelbild ihrer Zeit.

637 Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtsystems lebendig halten

638 Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in  
639 unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische  
640 Bildungsfunktion zu. Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere  
641 Entwicklung der Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden,  
642 nicht zuletzt personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer  
643 mahnenden Funktion gerecht werden können.

644 Kulturelle Bildung fördern

645 Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen  
646 Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir  
647 unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien  
648 Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler\*innen.

649 Filmförderung als Aushängeschild

650 Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es  
651 werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit  
652 Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

653 Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem  
654 Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

655 Kultur@Digital

656 Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich.  
657 Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung  
658 kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

659 Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrecht, die den Kreativen zu  
660 Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt und das Ziel eines fairen  
661 Interessensausgleichs zwischen allen Beteiligten verfolgt. Die Anwendung von  
662 Creative Commons Lizenzen, (eine einfache Weise, Nutzungsrechte für  
663 urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir. Auch Werke, wie  
664 Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind unter Creative-  
665 Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

666 Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen.  
667 Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt  
668 bereitstellen.

669 Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel  
670 auch für die Entwicklung von Videospiele einzusetzen.

671 Auf den Punkt

- 672 • Wir werden den kulturellen Dialog mit Migrant\*innen fördern und ihre Teilhabe  
673 sichern,
- 674 • Freiräume für Kulturarbeit schaffen,
- 675 • kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler\*innen  
676 voranbringen,
- 677 • Filmförderung stärken,
- 678 • uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch  
679 Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

680 Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer  
681 Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und  
682 der Demokratie

683 Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft aus Zeitung, Fernsehen, Radio,  
684 Internet, ist Grundvoraussetzung für eine lebendige Demokratie. Medien sichern  
685 Meinungsvielfalt, erklären komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch  
686 Recherchen gesellschaftliche Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen  
687 Rundfunk wie für die privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und  
688 facettenreiche Medienlandschaft sichern.

689 Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck:  
690 durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt  
691 wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende  
692 Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

693 Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer  
694 Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der  
695 Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

696 Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem  
697 junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form  
698 oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im  
699 Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer.  
700 Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

701 Journalistische Qualität fördern – analog wie digital

702 Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich  
703 verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien,  
704 schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für  
705 Journalist\*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat  
706 Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist\*innen wie auch auf die  
707 Meinungsvielfalt in unserem Land.

708 Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale  
709 Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die  
710 Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von  
711 Kleinstverlagen.

712 Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich weitere Möglichkeiten zur  
 713 unabhängigen Information hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst die Notwendigkeit,  
 714 dafür Medienkompetenz zu vermitteln.

715 Medienkompetenz neu aufstellen

716 Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025  
 717 soll für alle Schleswig-Holsteiner\*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang  
 718 mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das  
 719 Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine  
 720 Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern  
 721 sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-  
 722 Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu  
 723 auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH  
 724 (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die  
 725 Verbraucherzentrale sowie die "Hackerszene".

726 Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle  
 727 Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere  
 728 Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

729 Wir begrüßen es, wenn Bürger\*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote  
 730 gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der  
 731 Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für  
 732 Bürger\*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und  
 733 Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

734 Rundfunkangebote zukunftsfähig machen

735 Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon  
 736 jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder  
 737 aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass  
 738 das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird.  
 739 Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online  
 740 abzurufen sind.

741 Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass  
 742 der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich  
 743 tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter\*innen sitzen. Den Einfluss der  
 744 Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

745 Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und  
 746 Minderheitensprachen ausstrahlt.

## 747 Auf den Punkt

- 748 • Wir werden einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-  
749 Holstein erarbeiten,
- 750 • neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,
- 751 • ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte  
752 zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,
- 753 • den Offenen Kanal stärken,
- 754 • dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken  
755 ausgeweitet wird.

756 Netzpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und  
757 Herausforderungen annehmen

758 Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität,  
759 der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch  
760 kommen. Wir GRÜNE denken Netzpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln  
761 unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem  
762 wir die Herausforderungen und unsere Antworten skizzieren. Darüber hinaus gibt es  
763 übergreifende netzpolitische Themen, die wir voranbringen wollen.

## 764 Digitalisierung in der Landesregierung

765 Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises  
766 Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der  
767 Digitalisierung profitieren können und die Risiken minimiert werden. Das Thema  
768 Digitalisierung ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, das  
769 gilt es nachzubessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der  
770 Landesregierung wahrgenommen und politisch aufgewertet werden.

## 771 Open Data

772 Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen  
773 Bürger\*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen.  
774 So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handelns und  
775 ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups, Dazu gehören  
776 Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir den  
777 Umwelt- und Landwirtschaftsatlas <http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas> und den  
778 Digitalen Atlas Nord <http://www.digitaleratlasnord.de/> ausbauen. Gleich zu Beginn  
779 der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie vorlegen, die  
780 konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

## 781 Netzneutralität erhalten

782 Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche  
783 und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind  
784 genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer\*innen einen  
785 Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wenn wir den Netzbetreibern gestatten,  
786 differenzierte Geschwindigkeiten und Tarife anzubieten, werden sie immer ein  
787 Interesse an der Verknappung der Bandbreite haben, um ihre Gewinne zu maximieren.

788 Wir wollen uns auf allen Ebenen für die Netzneutralität und gegen ein „Zwei-  
 789 Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer\*innen priorisiert sind,  
 790 die mehr bezahlen können.

791 Daten- und Verbraucher\*innenschutz stärken

792 Bei allen neuen Chancen, die das Internet bietet, bringt es auch neue  
 793 Herausforderungen – vor allem für Verbraucher\*innen, aber auch für  
 794 Strafverfolgungsbehörden. Erstere wollen wir durch höchsten Daten- und  
 795 Verbraucher\*innenschutz schützen. Hierzu gehört die Transparenz von Angeboten,  
 796 übergroßer Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, IT-Sicherheit ganzheitlich zu  
 797 denken und beispielsweise durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard  
 798 zu machen.

799 Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen

800 Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.  
 801 Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in  
 802 Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit eines öffentlichen  
 803 WLANs abhängen, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel  
 804 loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine Abschaffung der  
 805 Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte öffnen. Hiervon  
 806 profitieren nicht nur Nachbar\*innen, sondern auch Flüchtlinge und die Wirtschaft.  
 807 Die Freifunkbewegung unterstützen wir und setzen uns dafür ein, dass  
 808 Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

809 Smart Cities und Smart Regions

810 Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen.  
 811 Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte  
 812 für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der  
 813 Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterschluss mit den Kommunen.

814 Auf den Punkt

- 815 • wir werden die Digitale Agenda weiterschreiben und ausdifferenzieren,
- 816 • alle technischen Daten (z.B. Geodaten) des Landes frei verfügbar machen,
- 817 • das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.

## Unterstützer\*innen

Kai Hennings